

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Druckerei: Tagesblatt Riess
Gesamt Nr. 22

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Landgerichts, der Kammergerichts beim Landgericht und des
Rats der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzollamts Riess.

Postkontos: Dresden 1180
Cirkulare Riess Nr. 82

Nr. 25.

Montag, 31. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Mieten und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 10 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 20%, Aufschlag. Letzte Zeile. Vielfachiger Rabatt 10%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Wichtige Unterhaltungsbeiträge werden an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse des Betriebes des Druckers, der Druckerinnen oder der Verlegerin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riess; für Anzeigen: Wilhelm Stitzel, Riess.

„Schönheitsfehler“

Einerseits ist eine neue deutsche Reichsregierung gebildet, andererseits ist die Ministerliste selbst noch nicht vollständig. Einerseits lassen die Reichskammern, die von den neuen Koalitionsparteien gewählt wurden, eine Einigung erkennen, andererseits deutet der neu entsandte Reichspräsident über die Einigung oder die Nichteinigung der präferierten neuen Regierungsbildung darauf hin, daß es mit dieser Einigung immer noch etwas habe. Ansehend haben sich in den Vorkämpfen des Zentrum und auch innerhalb der Deutschen Volkspartei starke Bedenken gegen die Vertrauensfrage (Thüringen) mit dem Reichspräsidenten und gegen die Übertragung des Reichspräsidenten an Herrn Dietrich gesteuert. Dem deutschen Reichspräsidenten Graef macht man zum Vorwurf, daß er seinerzeit als Vizepräsident des Reichspräsidenten es abgelehnt habe, den Amtspräsidenten beim Reichspräsidenten über zu machen. Die Verantwortlichkeit der „nicht erlösten“ da seine bisherige Haltung zu den außenpolitischen Fragen es nicht glaubhaft machen könne, daß er sich heute auf den Boden des abgeschlossenen Arbeitsprogrammes stellen werde. Wenn es auch anscheinend auf Grund der Initiative des Reichspräsidenten und neu eröffneten Verhandlungen mit den Führern der Deutschen Reichspräsidenten gelungen ist, diese neu entstandenen Schwierigkeiten auf dem Wege eines Kompromisses zu lösen und durch eine Umkehrung der Ministerliste die rebellisch gewordenen Gemüter einigermaßen wieder zu betriebligen, so läßt sich doch nicht leugnen, daß dieses Vorwärtsschreiten in der letzten Geburtsstunde der Kabinettsbildung außerordentlich ist. Wir lassen es dahingestellt, ob die Bedenken innerhalb der neuen Koalition gegen die beiden deutschen Reichspräsidenten berechtigt sind, oder nicht. Auf jeden Fall hätten solche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition noch vor der Nominierung der Kandidaten beseitigt werden müssen. Dies umso mehr, als die Herren der neuen Regierungskoalition wissen mußten, mit welcher restloser Betätigung die Kreise, die abseits von der Koalition stehen, von dem in die Öffentlichkeit getretenen Gerücht Kenntnis nehmen würden. Die deutsche Öffentlichkeit hat mit unerkennbarer Genauigkeit davon Kenntnis genommen, daß fast sämtliche Fraktionen des Reichstages sich über die Fortsetzung eines künftigen Arbeitsprogrammes geeinigt haben. Sollte diese Einigung lediglich an Personalfragen scheitern, so würde die deutsche Öffentlichkeit einen solchen Zusammenbruch der Verhandlungen und aller berechtigten Hoffnungen nicht das geringste Verständnis entgegenbringen können. Da sich die mit den Verhandlungen betrauten Fraktionsführer über diese Stimmung des Volkes in keinem Zweifel befinden dürften, so ist auch mit aller Bestimmtheit damit zu rechnen, daß mit oder ohne „Schönheitsfehler“ die endgültige Ministerliste in aller nächster Zeit offiziell publiziert gemacht wird.

Deutschland bleibt wehrlos.

Die Verhandlungen des Versailler Militärkomitees sind zwar noch nicht zu einem endgültigen Abschluß gelangt, doch sieht anscheinend das Militärkomitee die Frage der Erhaltung oder der Fortsetzung der Wehranlagen an der deutschen Grenze als gelöst an. Meinungsverschiedenheiten bestehen lediglich in der Frage, ob das Berliner Kabinett bereit sein wird, Verpflichtungen für die Folgezeit zu übernehmen oder nicht. In dieser Verpflichtung hätte die deutsche Regierung feierlich zu erklären, daß sämtliche Arbeiten, die sich nicht auf den Karten und Plänen der alliierten Militärkommissionen verzeichnen lassen, unwillkürlich zu bestehen seien. Und das Ungeheuerliche dieser Verpflichtung zu erkennen, hat man sich zu vergegenwärtigen, daß sie nichts Geringeres vorstellt, als die Befestigung aller Veränderungen der Wehranlagen an unserer Grenze, soweit sie seit Beginn des Jahres 1920 vorgenommen worden sind. Was zu belegen hätte, daß so ziemlich alle äußeren Wehranlagen im offenen Gelände zerstört werden müssen. Man wird mit umso größerer Spannung der Antwort der Reichsregierung entgegenzusehen haben, als sie die erste außenpolitische Tat der neu gebildeten bürgerlichen Wehrregierung sein dürfte.

Aus dem Landtag.

Dresden. Im Landtag sind folgende Anträge eingegangen:
Die deutschnationale Volkspartei ersucht um eine Vorlage, durch die Umgestaltung des sächsischen Gesetzes über das Steuerrecht der Öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften vom 1. Juli 1921 das Bekenntnisrecht und Verfahren der Kirchen neu geregelt wird.
Die Volkspartei hat einige Anträge eingebracht, die sich mit der Aufwertung von Sparbüchern, dem Verkauf von Grundstücken in der Zeit des Währungsnotstandes und mit der Einziehung von Geldstrafen bei den Aufwertungskassen der Amtsgerichte befaßt.

Judischer Truppentransport nach China.

Kalkutta. (Baufrank.) Zwei Bataillone jüdischer Truppen sind heute vormittag an Schiff nach China abgegangen.

Neun Minister ernannt.

Die beiden letzten Ernennungen heute Montag abend.

Das neue Reichskabinett.

11 Berlin, 31. Januar. Der Herr Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx in seinem Amte als Reichskanzler und auf dessen Vorschlag den Reichsminister Dr. Stresemann, den Reichsminister Dr. Brauns, den Reichsminister Dr. Gehrke, sowie den Reichsminister Dr. Gumbel in ihren bisherigen Ämtern bestätigt und den bisherigen Reichspräsidenten und Finanzminister Dr. v. C. Müller zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Schiele, Mitglied des Reichstages, zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Reichsminister Dr. v. C. Müller, Mitglied des Reichstages, zum Reichsminister für den Reichsbau ernannt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat der Herr Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Marx beauftragt. Die Ernennung der Reichsminister der Justiz und des Inneren hat der Herr Reichspräsident mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen letzten Verhandlungen bis Freitag abend ausgesetzt.

12 Berlin. Im Laufe des Sonnabends vormittag ergaben sich, obwohl die Deutsche Volkspartei zum Nachgeben bereit war und sich mit zwei Ministerposten begnügen wollte, doch noch einmal neue Schwierigkeiten, da bekanntlich das Zentrum und auch die Deutsche Volkspartei Bedenken gegen die Person des von den Deutschen als Reichsfinanzminister präsentierten Hrn. Graef äußerten. Graef schied dem vollen Bilde der Deutschen an, man erinnerte sich in den Verhandlungen an seine Weigerung, nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten des Reichstages bei dem damaligen Reichspräsidenten über einen Eintrittsbesuch zu machen. Der Reichspräsident empfing deshalb mittags in Gegenwart des Reichskanzlers noch einmal die beiden deutschnationalen Führer Graf Helldorf und Graf. Sie erklärten jedoch, ohne Zustimmung ihrer Fraktion von ihren Vorschlägen nicht abgehen zu können. Daraus konnte auch eine Verhandlung mit den deutschnationalen Fraktion und eine erneute Berechnung des Reichstages mit den Deutschen in Gegenwart des Reichspräsidenten nicht ändern. Infolgedessen beschränkte sich der Reichspräsident darauf, abends

Dr. Marx zum Reichskanzler

und auf dessen Vorschlag die übrigen Minister zu ernennen, gegen die Einwände nicht erhoben werden waren.

In den Kreisen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei wünscht man, wie verlautet, daß der Hrn. Gumbel nicht, wie die Deutschen vorgezogen hätten, das Innenministerium erhält, sondern das Reichsjustizministerium, und daß das Innenministerium mit dem deutschnationalen Hrn. v. Endermatten besetzt wird, der nicht an dem antisprachen rechtsgerichteten Flügel der Deutschen gebunden ist.

Zur Einsetzung der Minister hat die deutsche Fraktion für Freitag nachmittags 5 Uhr wieder nach Berlin berufen worden. Wenn man in parlamentarischen Kreisen die Lage auch als ernst betrachtet, so erwartet man doch, daß die deutschnationale Fraktion sich schließlich dem Wunsche der Reichspräsidenten nicht widersetzen kann.

Hindenburg dankt den ausscheidenden Ministern.

11 Berlin. Der Herr Reichspräsident hat den auf ihren Wiedertreten Reichsministern in an sie gerichteten Schreiben seinen Dank und seine Anerkennung für die dem Vaterland geleisteten Dienste ausgesprochen.

Der erste Kabinettsrat der neuen Regierung.

Berlin. (Baufrank.) Das neue Kabinett hielt heute mittags seinen ersten Kabinettsrat ab. Auf der Tagesordnung stand die Erörterung der Berichte über den Stand der Pariser Kontrollverhandlungen. Die Frage der Regierungserklärung, die Donnerstag abgeben werden soll, soll erst erörtert werden, wenn das Kabinett vollständig zusammen ist.

Landtagswahlen in Thüringen.

Bürgerliche Wehrheit.

* Weimar, 31. Januar. Der Landeswahlleiter des Landes Thüringen gibt folgendes vorläufiges amtliches Endergebnis der thüringischen Landtagswahlen bekannt: Zahl der abgegebenen Stimmen 816 028. Davon entfielen auf die Liste

- 1 Einheitsliste 270 625 = 19 Mandate,
 - 2 Sozialdemokraten 282 827 = 18 Mandate,
 - 3 Kommunisten 115 470 = 8 Mandate,
 - 4 Kommunale Arbeitsgemeinschaft 3574 = 0 Mandate,
 - 5 Nationalsozialisten 29 918 = 2 Mandate,
 - 6 Deutschnationale 9107 = 1 Mandat,
 - 7 Demokraten 26 581 = 2 Mandate,
 - 8 Wirtschaftspartei 75 500 = 5 Mandate,
 - 9 Spar- und Arbeiter 23 156 = 1 Mandat.
- Zusammen 56 Mandate.

Nach diesem amtlichen Ergebnis hat also doch die notwendige Stimmenmehrheit nicht erreicht werden können, die die Zahl der Abgeordneten im neuen Landtag auf 53 beschränkt hätte. Der neue Landtag wird 56 Abgeordnete zählen. Die 3 weiteren Sitze entfallen auf die Einheitsliste, die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Die Neistimmverrechnung zwischen den Volks- und den Nationalsozialisten hat ergeben, daß die Nationalsozialisten nur 2, die Volks- dagegen 1 Sitz erlangen. Das prozentuale Verhältnis zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten und Kommunisten ist demnach wie 58,5 zu 41,5.

Bei den letzten Landtagswahlen im Februar 1924 wurden abgegeben: Für den Ordnungsbund, zu dem sich die bürgerlichen Parteien von den Deutschen bis zu den Demokraten vereinigt hatten, 883 000 Stimmen, für die SPD, 188 000, die Kommunisten 149 205, Deutschnationale Partei 77 000, Freier Wirtschaftsbund 39 000 und Unabhängige Sozialdemokraten 6100 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug damals 80 bis 90 Prozent.

Ausdehnung des demokratischen Reichsbauernlozes.

* Braunschweig. Im Rahmen des Reichsbauernlozes der Deutschen Demokratischen Partei wurde hier gestern mit der Devise: „Wohlfahrt der Bauern ist die erste öffentliche Aufgabe der Regierung“ eine große öffentliche Kundgebung veranstaltet. Reichstagsabgeordneter Rönneburg betonte in einem Referat über die Ernährung der Grogrundbesitzer müsse

um zwei Drittel vermindert werden, um zur Stärkung des deutschen Volkstums dienen zu können. Landtagsabgeordneter Meißner sprach über Nachfragen, der aldenburgische Reichspräsident a. D. Langen über Postfragen und Reichstagsabgeordneter Dietrich über Steuerfragen. Die einstimmig angenommenen Entschlüsse fordern u. a. planmäßige Wehrung und Stärkung des Bauerntums durch Landabgabe aus privatem und staatlichem Grogrundbesitz. Für die überschüssigen Bauernkräfte aus West-, Mittel- und Süddeutschland müsse Raum geschaffen werden im deutschen Osten und Norden. Gefordert wird grundlegende Minderung des Reichsbedeutungspreises, Landabgabe nach dem Steuerwert, Schaffung von Dauerkrediten durch Reich und Länder. Die am 30. September 1927 ablaufende Pachtordnung sei auf zwei Jahre zu verlängern und möglichst bald eine gezielte Reform des Pachtrechts herbeizuführen. Zur Zollfrage wird Abbau der Brotgetreidezölle und Befreiung der Futtermittelzölle verlangt.

Verwaltungsratssitzung des Internationalen Arbeitsamtes.

* Genf. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes erörterte Sonnabend nachmittags die Tagesordnung der Arbeitskonferenz 1928. Die Wehrzahl der Regierungsdelegierten war dafür, eine einstige Frage auf die Tagesordnung dieser Konferenz zu legen. Der deutsche Delegierte Ministerialrat Dr. Feig war damit einverstanden, daß die beiden Fragen Arbeitslosenversicherung und Unfallversicherung auf die Tagesordnung gesetzt werden, wünschte jedoch zur zweiten Frage, daß die automatische Kuppelung der Eisenbahnwagen nicht erwähnt werde, da die internationale Eisenbahnkommission diese Frage noch prüfe. Sollte nur eine Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden, so ziele die deutsche Regierung die Arbeitslosenversicherung vor. Der Rat beschloß, 1928 nur die Frage der Unfallversicherung mit Einwirkung der Uffälle bei Kuppelung der Eisenbahnwagen in die Tagesordnung aufzunehmen.

Sodann begann die Aussprache über die Ratifikation der Washingtoner Konvention. Sozial (Polen) legte einen kurzen Bericht der Kommission zur Prüfung der Möglichkeit einer deutsch-polnischen Verbeugung der Ratifikation vor. Landers Ribot (Frankreich) führte aus, die Konferenz der Arbeitsminister der fünf industriellen Großmächte habe kein befriedigendes Ergebnis erzielt. Forderung (Frankreich) erklärte namens der Arbeitnehmer, der Augenblick der Ratifikation sei nun gekommen. Die Regierungen sollten ihre Verpflichtungen einhalten.